

Wer sich vereinigen will, muss teilen lernen

Festvortrag zur Entwicklung der Forschung in den neuen Bundesländern

Ingolf Hertel

1) R. v. Weizsäcker, Vier Zeiten, Siedler Verlag 1997, S. 366

Wir können sehr stolz sein auf unsere DPG, die offenbar auch auf dem Weg zur Wiedervereinigung der Wissenschaft in unserem Lande ganz eigene, leuchtende Signale gesetzt hat. Bundespräsident Richard von Weizsäcker formulierte das so: „Wer sich vereinigen will, muss teilen lernen.“¹⁾ Das haben viele unserer Landsleute erst spät wirklich wahrgenommen, andere ahnten es von Anfang an und haben deshalb vor der Vereinigung gewarnt. Teilen meint auch die Verantwortung, die es zu übernehmen galt, auch den gesellschaftlichen Einfluss, den man nun gemeinsam wahrzunehmen hatte, und natürlich bedeutet es auch, die finanziellen Ressourcen zu teilen.

Es gab viele Gründe, warum ich mich Ende 1991 von Freiburg aus auf eine Direktorenstelle an dem damals noch INOK genannten Institut (schreckliches Nachwendekürzel) in Berlin-Adlershof beworben habe. Einer davon war wohl das Gefühl, dass ich hier noch einmal etwas Neues, vielleicht Wichtiges tun könnte – auch über die reine physikalische Forschung hinaus. Es war aber auch die Neugier auf ein neues, aufstrebendes Forschungsgebiet, eine neue, spannende Methodik, die ich in Freiburg gerne für Themen eingesetzt hätte, an denen wir damals arbeiteten, die aber den dortigen Rahmen gesprengt hätten. So gab es also durchaus auch die berechtigte Hoffnung, nicht nur in Freiburg etwas aufgeben zu müssen, sondern auch etwas Neues, Wertvolles hinzu zu gewinnen – die Expertise der Ostkollegen allemal. Eine echte „Win-win“ Situation, wie man heute sagen würde. Denn die Ost-Wissenschaftler vor Ort waren in den meisten Fällen davon überzeugt, dass sie nur mit renommierten Kollegen aus dem Westen in den Leitungsfunktionen eine



Prophot Kleinod

Ingolf Hertel ist emeritierter Direktor des Max-Born-Instituts in Berlin-Adlershof. Von 1995 bis 1998 war er erster Präsident der „Wissenschaftsgemeinschaft Gott-

fried Wilhelm Leibniz“ (WGL), im Anschluss daran 15 Monate lang Berliner Staatssekretär für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Chance hätten, im westdeutschen und internationalen Wissenschaftssystem Fuß zu fassen. Dass man den Ostkollegen die westdeutschen Direktoren einfach in „Siegermanier“ übergestülpt habe, ist eine leider allzu oft kolportierte Mär, eine intellektuelle Unredlichkeit. Innerhalb der Physik jedenfalls war das völlig abwegig und wurde auch nicht so interpretiert.

Wer sich vereinigen will, muss teilen lernen: Wir mussten z. B. lernen, dass wir zu Anfang nur 10 Prozent der Wissenschaftlerstellen mit „Wessis“ besetzen durften. Ganz spannungsfrei war dabei das Verhältnis von „Ossis“ zu „Wessis“ – wenigstens zu Anfang – nicht immer.

Gerne hätte man manchmal einen flinken jungen Postdoc mit Auslandserfahrung, sozialisiert im westlichen Wissenschaftssystem, einem erfahrenen Ostwissenschaftler vorgezogen. Denn letzterer nervte so manches Mal, z. B. bei einer Entscheidung für ein neues

Forschungsthema mit der Sorge, dass „so etwas ja noch keiner gemacht habe“ – und sah den Kollegen aus dem Westen befremdet an, wenn der darauf erwiderte, dass dies ja gerade der Zweck der Übung sei. Auch meinte so mancher, ansonsten hoch kompetente Ostkollege, dass er seine englischsprachigen Papers oder seine Vorträge ruhig trocken verfassen bzw. halten könne. Der Inhalt müsse doch für sich sprechen. Stilistische, grafische oder gar rhetorische Anstrengungen hielt er eher für überflüssig, ja störend, und einen ansprechenden Aufmacher, eine „Story“, oder das kleine bisschen Eigenwerbung, das uns in Fleisch und Blut übergegangen war, fand so mancher eher lästig oder unfein – oft wohl auch zu recht.

Wir haben dann insgesamt aber doch sehr gut zueinander gefunden. Und in fast allen Fällen kann man mit Überzeugung sagen: Wir haben unglaublich viel voneinander gelernt, vor allem, aufeinander zu

Die vollständige Fassung der hier gekürzt wieder gegebenen Rede findet sich im Online-Inhaltsverzeichnis zu diesem Heft unter www.physik-journal.de.

hören und die jeweils anderen Qualitäten und Fähigkeiten zu respektieren und optimal mit den eigenen zu kombinieren. Ich habe es einmal – etwas verkürzt – so formuliert: Wir müssen lernen, ostdeutschen Tiefgang mit westdeutscher Aggressivität zu kombinieren.

Heute dürften die meisten Institute im wissenschaftlichen Bereich eine ausgeglichene Ost-West-Personalstruktur besitzen. Insgesamt wird die wissenschaftliche Belegschaft zunehmend international, die vielen Gäste allemal, die Umgangssprache an den Instituten ist üblicherweise Englisch. Kurzum, die Wiedervereinigung ist in den Forschungsinstituten voll gelungen.

Nicht verhehlen will ich freilich, dass im nichtwissenschaftlichen Bereich (und zwar nicht nur in den Forschungsinstituten) die Kombination von gewissen unausrottbar sozialistischen Verhaltensmustern mit westdeutschem Betriebsverfassungsrecht gelegentlich zu suboptimalen Lösungen geführt hat. Aber Schwamm drüber: Auch das wird sich in noch einmal 20 Jahren biologisch gelöst haben.

Ein Sprung zurück

Ganz am Anfang stand im Jahr 1990 der Einigungsvertrag. Über 1000 Seiten soll er füllen, gedruckt habe ich das Werk nie gesehen. Aber man kann es heute im Internet in jedem Detail abrufen. Mit Artikel 38 widmen sich auch zwei Seiten dieses Werkes der „Wissenschaft und Forschung“. Ich zitiere: „Wissenschaft und Forschung bilden auch im vereinten Deutschland wichtige Grundlagen für Staat und Gesellschaft. Der notwendigen Erneuerung von Wissenschaft und Forschung unter Erhaltung leistungsfähiger Einrichtungen in dem in Artikel 3 genannten Gebiet dient eine Begutachtung von öffentlich getragenen Einrichtungen durch den Wissenschaftsrat, die bis zum 31. Dezember 1991 abgeschlossen sein wird.“

Ein monumentaler Satz, eine monumentale Aufgabe, die tatsächlich bis Ende 1991 weitestgehend

abgeschlossen war, auch wenn die schönen, inhaltsschweren türkisgrünen Bände meist mit 1992 datiert sind. Chapeau vor dieser bahnbrechenden Arbeit des Wissenschaftsrates, mit welcher die „erhaltenswerten Potenziale“ der Institute der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) zielgerecht und weitestgehend treffsicher ergründet wurden.

Diese Arbeit war und ist ja keineswegs unumstritten. Im Ergebnis musste sie zu einer massiven Reduktion des öffentlich finanzierten Personals in der Forschung führen. Daher waren Härten, tragische Schicksale und natürlich auch Ungerechtigkeiten nicht zu vermeiden. Einer, der an maßgeblicher Stelle dabei war, spricht (ich glaube auch heute noch) von einer „Blutspur“, die er hinterlassen habe.

Adlershof, das sei hier aber auch erwähnt, hat ganz massiv von diesen freigesetzten Potenzialen profitiert. Das Know-how der Kollegen aus dem ehemaligen Zentralinstitut für Gerätebau und von vielen anderen Spezialisten ließ sich offenbar zum Teil hervorragend vermarkten, und viele, die man damals aufforderte, doch eine Firma zu gründen, haben den Sprung ins kalte Wasser mit Bravour bestanden und sind heute erfolgreiche Unternehmer. Jedenfalls glaube ich nicht, dass es eine Alternative zu dem gab, was geschah – wenn man dabei auch die gebotene Eile bedenkt.

Das vorläufige Endergebnis ist heute als wirklich blühende Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern zu besichtigen: wissenschaftlich produktiv, höchst wettbewerbs- und drittmittelfähig, national und international voll integriert, mehrfach evaluiert, im ständigen Konkurrenzkampf erfolgreich ist Wissenschaft und Forschung dort. Natürlich mag man darauf verweisen, dass seit der Wende zwar fünf deutsche Nobelpreisträger gekürt wurden (ich hoffe, ich habe richtig gezählt), aber keiner aus einem ostdeutschen Forschungsinstitut oder aus einer ostdeutschen Universität. Natürlich kann man (und muss vielleicht) bedauern, dass keine der ostdeut-

schen Universitäten bislang den begehrten „Dritte-Säule-Elitestempel“ erhalten hat. Das ist ein weites Feld, und die Betonung liegt hier auf „noch nicht“. Ich denke, weitere 20 Jahre müssen wir da schon ausharren, bevor wir ein endgültiges Verdikt abgeben dürfen.

Und natürlich kann man heute trefflich darüber fabulieren, wie man eine ganz neue (vermeintlich dann viel bessere) Forschungsstruktur im wiedervereinigten Deutschland hätte schaffen können. Denn im Einigungsvertrag steht dazu sehr pointiert: „Die Bundesregierung strebt an, dass die in der Bundesrepublik Deutschland bewährten Methoden und Programme der Forschungsförderung so schnell wie möglich auf das gesamte Bundesgebiet angewendet werden und dass den Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Einrichtungen in dem in Artikel 3 genannten Gebiet der Zugang zu laufenden Maßnahmen der Forschungsförderung ermöglicht wird.“

Im Klartext: Es gibt die großen Forschungsorganisationen (drei waren das damals) und nach deren Regeln (und vor allem nach deren Finanzierungsmodalitäten) sind die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern zu organisieren. Die Physiker im Wissenschaftsrat und in den Evaluierungskommissionen (nur hier überschaue ich die Details einigermaßen) haben damals fast alles richtig gemacht und sich an die Spielregeln gehalten. Das Ergebnis kann sich sehen lassen, besonders gerade hier in Berlin, aber auch in den anderen Bundesländern.

Kooperation statt Konfrontation

Damals gab es eine – wie ich meine – schicksalhaft glückliche Lücke im System, ein Art Joker-Karte: Sie hieß „Blaue Liste“²⁾. Immer wenn die Evaluatoren nicht so ganz genau wussten, wie man eine hervorragend bewertete Forschergruppe und insbesondere eine größere, erfolversprechende Gruppierung von Forschern aus den AdW-Instituten einsortieren sollte, zog

man diese Karte. Die wirkte immer dann, wenn die gesamtstaatliche Aufgabe, die es zu erfüllen galt, evident war, das Potenzial dieser Forschung und der Forscher überdurchschnittlich, aber (aus den vielfältigsten strategischen und wissenschaftspolitischen Überlegungen heraus) keine der etablierten Forschungsorganisationen die Hand hob und sagte: „Die wollen wir unter unser Dach nehmen“. Bei der Blauen Liste kannte man den Finanzierungsschlüssel – in aller Regel 50 Prozent Bund, 50 Prozent Sitzland, mit gewissen Refinanzierungsmodalitäten, welche nur wenige Eingeweihte verstanden. Die Kosten waren also bezifferbar, der regionale Nutzen (neben dem gesamtstaatlichen Interesse) meist deutlich erkennbar.

Die Dichotomie von universitärer und außeruniversitärer Forschung hat sich aufgelöst.

Natürlich zogen die Länder (wo immer möglich) die finanziell viel günstigere Variante „Großforschungseinrichtung“ oder Außenstelle einer solchen gerne vor, da hier der Bund 90 Prozent zahlte, aber auch der Bund hatte finanzielle Grenzen zu beachten.

Im Ergebnis wurde in den neuen Ländern das gesamte inhaltlich an aktuellen, erfolgversprechenden Themen neu orientierte und restrukturierte außeruniversitäre Forschungspotenzial überwiegend über die Blaue Liste finanziert. Dieses Gesamtergebnis kam aber offenbar für den einen oder anderen an der Spitze der großen, etablierten Wissenschaftsorganisationen dann doch überraschend. Zugleich entbrannte nach der deutschen Wiedervereinigung eine heftige Debatte um die vermeintlich ungerechtfertigte Ausweitung der außeruniversitären Forschung in den neuen Bundesländern. So wurde heftig darüber gestritten, ob an den Universitäten der DDR überhaupt jemals geforscht worden sei und ob man nicht die gesamte

Forschung der ehemaligen AdW an die Universitäten „zurückführen“ müsse.

Gerade bei den Berliner Universitäten setzte sich bald die Erkenntnis durch, dass man das außeruniversitäre Potenzial geschickt nutzen sollte und dass eine etwaige Verteilung der entsprechenden Ressourcen in die Breite der Hochschullandschaft nur wenig effizient sein könne. In Berlin hatte sich schon vor der Wende eine Kultur der Zusammenarbeit entwickelt – vorangetrieben vor allem von einzelnen Wissenschaftlern, die frühzeitig erkannten, dass gesunder Wettbewerb und effiziente Kooperation sich überhaupt nicht ausschließen, dass man häufig gemeinsam mehr erreichen kann als vereinzelt. Ressourcen-Sharing, wie das heute auf Neudeutsch so schön heißt, wurde als Gebot der Stunde erkannt, wenn die Ressourcen knapp sind oder werden. Nach der Wende war das in Berlin ganz offenkundig der Fall.

1991 schrieb der Wissenschaftsrat den Großforschungseinrichtungen erstmals die enge Kooperation mit Universitäten ins Aufgabenheft. Die Leibniz-Gemeinschaft machte sich diese von Anfang an zum Programm. Heute, in der zweiten Runde des Exzellenzwettbewerbs haben wohl auch die letzten Zweifler in den Universitäten erkannt, über welchen Schatz sie gegebenenfalls vor Ort mit den außeruniversitären Einrichtungen verfügen können. Die laufende Runde des Exzellenzwettbewerbs wird dies, ich wage hier einmal eine Prognose, noch deutlicher erkennen lassen. Dabei haben gerade die ostdeutschen Universitäten mit ihren zahlreichen, und heute über alle Organisationsgrenzen hinweg sehr kooperationsbereiten außeruniversitären Einrichtungen hervorragende Karten.

Vielleicht ist dies überhaupt eine der wichtigsten, positiven Entwicklungen, die aus der Wiedervereinigung der Wissenschaftssysteme in Ost- und West-Deutschland hervorgegangen ist: Die Dichotomie von universitärer und außeruniversitärer Forschung hat sich aufgelöst, und Kooperation und gemeinsames

2) Zur „Blauen Liste“ gehörten vor der Wende rund 50 Institute überregionaler Bedeutung, die Bund und Länder gemeinsam finanzierten. Daraus ist nach der Wiedervereinigung zunächst 1995 die „Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste“ (WBL) hervorgegangen, die 1997 in „Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz“ (WGL) umbenannt wurde.

Auftreten ist zu einer für alle Beteiligten gewinnbringenden Selbstverständlichkeit geworden!

Die Leibniz-Gemeinschaft

Abschließend möchte ich noch auf die Leibniz-Gemeinschaft eingehen und begründen, warum ich von einer schicksalhaft glücklichen Lücke im System gesprochen habe. Die Blaue-Liste-Institute besaßen, im Gegensatz zu Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten, aber auch zu den Großforschungseinrichtungen, die gerade begannen, sich zu formieren, damals noch keinerlei strategischen oder inhaltlichen Zusammenhalt. Sie waren gewissermaßen ohne Philosophie. Der Wissenschaftsrat hatte dieses Defizit bereits früh erkannt und 1993 in einem, für die damalige Situation und Befindlichkeit der Wissenschaftsrepublik erstaunlich weitsichtigen, zukunftsweisenden Papier darauf aufmerksam gemacht und eine wirkungsvolle, gemeinsame Selbstorganisation aller Einrichtungen der Blauen Liste gefordert.

Wir haben das dann 1994 bis 1995 gemacht und im Mai 1995 die damals noch WBL genannte Gemeinschaft von etwa 80 Forschungsinstituten, Forschungsmuseen und Serviceeinrichtungen für die Forschung gegründet. Wenn ich „wir“ sage, so meine ich viele Kolleginnen und Kollegen aus den Instituten, die maßgeblich an der Konzeption, am Gründungsakt und in der schwierigen ersten Aufbauphase beteiligt waren. Ich hatte damals die Ehre, als Gründungspräsident und erster Präsident der heutigen Leibniz-Gemeinschaft zu dienen – eine extrem spannende, bewegte Zeit, ein extrem komplizierter Prozess, der von innen wie von außen zum Teil von großem Enthusiasmus getragen, aber auch von offener Feindseligkeit begleitet wurde, und der am Ende höchst erfolgreich verlief.

Die Leibniz-Gemeinschaft ist heute mit 86 Einrichtungen (etwa die Hälfte davon in den neuen Bundesländern und Berlin), mit

rund 16 100 Beschäftigten (davon 7100 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen) bei einem Jahresetat von 1,3 Milliarden Euro eine der vier großen, anerkannten Wissenschaftsorganisationen der außeruniversitären Forschung im vereinigten Deutschland. Sie hat die gesamte Forschungslandschaft der Republik positiv verändert, enorm viel frischen Wind in die angestammten Domänen und Claims der Etablierten gebracht und wesentlich dazu beigetragen, dass sich ein (meist) friedlicher, kooperativer Wettbewerb zwischen den großen Forschungsorganisationen entwickeln konnte. Dieser bildet heute die Basis eines insgesamt hervorragenden Klimas für Wissenschaft und Innovation in unserem Lande.

Dieser Wettbewerb könnte sich noch viel konstruktiver, synergetischer und auch ordnungspolitisch überzeugender entwickeln, wenn die Politik die finanziellen Rahmenbedingungen fair setzen würde. Nach wie vor aber beeinflussen finanziellen Interessenlagen die wissenschaftspolitische Klarsicht in Bund und Ländern.

Wer aber wirklich einen fairen, stimulierenden Wettbewerb zwischen den Forschungseinrichtungen, wie auch zwischen den Ländern untereinander und zwischen Bund und Ländern wünscht, der muss einen einheitlichen Finanzierungsschlüssel für alle Forschungsorganisationen der Außeruniversitären Forschung herbeiführen!

Insgesamt optimistisch bin ich in jedem Falle: Wissenschaft und Forschung werden weiterhin der zentrale Motor für unsere moderne Industrienation bleiben! Dabei hat sich die Forschungslandschaft in den neuen Ländern bestens bewährt, Universitäten und Forschungseinrichtungen arbeiten effizient und erfolgreich zusammen. Und insbesondere die Leistungsfähigkeit der physikalischen Forschung in Deutschland insgesamt hat sich seit der deutschen Wiedervereinigung außerordentlich positiv entwickelt. Wir dürfen auf die nächsten zwanzig Jahre gespannt sein.